

REGIERUNGSERKLÄRUNG | Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) zur Corona-Politik

„Neue Phase der Pandemie“

Bayern tritt nach Einschätzung von Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) in eine „neue Phase der Pandemie“ ein. Wegen der Omikron-Welle mit milderen Krankheitsverläufen gebe es „Grund zur Zuversicht“, sagte Holetschek in einer Regierungserklärung. Vor allem in Verbindung mit einer Impfung sei eine Infektion mit der Omikron-Mutante des Coronavirus „weniger gefährlich“. Deshalb könne man von den Menschen nun mehr Eigenverantwortung verlangen, wozu Holetschek ausdrücklich das Impfen zählte. „Gehen Sie zum Impfen, warten Sie nicht“, appellierte der Minister an die Bevölkerung.

Aufgrund der veränderten Lage habe die Staatsregierung weitere Lockerungen der Corona-Maßnahmen beschlossen, führte Holetschek aus. Er sprach von „vernünftigen und vorsichtigen Öffnungen“. Konkret berichtete er, dass die bisherigen 2G-plus-Regelungen durch 2G ersetzt werden. Damit dürften Geimpfte und Genesene wieder ohne zusätzlichen Test als Zuschauer zu Sport- und Kulturveranstaltungen. Wo bislang 2G gegolten habe, werde – mit vorläufiger Ausnahme der Gastronomie – auf 3G umgestellt. Minderjährige Schüler*innen würden wegen der regelmäßigen Tests in den Schulen auch ungeimpft Personen mit 2G gleichgestellt und hätten damit praktisch keine Einschränkungen mehr.



Markus Söder habe „den Kanister mit Brandbeschleuniger für die Querdenker-Szene bereitgestellt“, schimpfte Grünen-Chef Ludwig Hartmann.

DPA/KNEFFEL

Nach den Ausführungen Holetscheks entfallen zudem alle Kontaktbeschränkungen für Geimpfte und Genesene, die Personenobergrenze im Handel und die Kapazitätsbeschränkungen in zahlreichen Freizeit- und Tourismuseinrichtungen. Vom Bund forderte Holetschek, den Ländern über den 19. März hinaus die Kompetenz einzuräumen, die epidemische Notlage zu verlängern. „Wir brauchen diesen Instrumentenkasten weiterhin“, sagte er. Ansonsten gebe es für Schutzmaßnahmen an den Schulen keine



Bayerns Gesundheitsminister Klaus Holetschek (CSU) bei seiner Regierungserklärung im Landtag.

FOTO: DPA/KARL-JOSEF HILDENBRAND

rechtliche Grundlage mehr. Zudem müssten Szenarien für den Umgang mit einer möglichen neuen Corona-Welle im Herbst erarbeitet werden. „Wir brauchen einen Notfallplan für die weitere Fahrt durch die Pandemie“, betonte Holetschek.

Scharfe Kritik übte der Minister an der Corona-Politik der neuen Bundesregierung. Diese habe bisher „gar nichts“ geleistet. Handwerkerlich werde ein Fehler nach dem anderen gemacht, bei der Impfpflicht genauso wie beim Genesenenstatus oder dem Pflegebonus. Das Vorgehen zur Einführung einer allgemeinen Impfpflicht bezeichnete Holetschek als „Trauerspiel“. Zugleich verteidigte er die Kritik Bayerns an den aus seiner Sicht nicht praxistauglichen Vorgaben für die Mitte März geplante Impfpflicht für Pflegeberufe. Bayern stehe zu dieser, ohne klare Vollzugshinweise durch den Bund würde diese aber ins Chaos führen.

Grünen-Fraktionschef Ludwig Hartmann warf der Staatsregierung vor, durch die unnötig vom Zaun gebrochene Debatte um die

Umsetzung der einrichtungsbezogenen Impfpflicht der Impfkampagne insgesamt zu schaden. „Sie haben den Kanister mit Brandbeschleuniger für die Querdenker-Szene bereitgestellt“, formulierte er. Das Aussetzen erfolge nur, weil die Staatsregierung die rechtzeitige Einführung nicht ordentlich vorbereitet habe.

FDP: Endlich wird ein Weg in die Freiheit aufgezeigt

Das Impfen müsse dringend vorgebracht werden, „damit wir keinen dritten Corona-Herbst bekommen“. Impfen bedeute Freiheit, Impfverweigerung schränke Freiheit ein, mahnte Hartmann. Die beschlossenen vorsichtigen Lockerungen begrüßte er. Die Staatsregierung kopiere damit die Vorgabe der Bundesregierung für die Ministerpräsidentenkonferenz.

Einen klaren Kurs für den Ausstieg aus den Corona-Beschränkungen forderte Ruth Waldmann

(SPD). Die Politik der Staatsregierung folge aber keiner Linie, es würden – wie bei der einrichtungsbezogenen Impfpflicht – immer wieder widersprüchliche Signale gesendet. „In Bayern bekommt man zwar Führung, aber leider jeden Tag in eine andere Richtung“, spottete Waldmann. FDP-Fraktionschef Martin Hagen lobte den Kurs der neuen Bundesregierung. Wäre das von der Union geführte Kabinett im Amt geblieben, säße Deutschland seit Dezember erneut im Lockdown, mutmaßte er. Der jetzt eingeschlagene Weg zurück zur Normalität sei dringend nötig. Hagen plädierte für die Aufhebung der epidemischen Notlage in Bayern am 20. März. Bis dahin müssten alle Einschränkungen schrittweise aufgehoben werden.

AfD-Fraktionschef Ulrich Singer forderte ein unverzügliches Ende aller Corona-Maßnahmen. Diese hätten „enorme Kollateralschäden“ sowohl in der Wirtschaft als auch bei der psychischen Gesundheit der Menschen hinterlassen. Singer sprach sich gegen jede Form einer Impfpflicht aus. „Der

Weg in die Freiheit heißt Null-G, und zwar sofort“, sagte er. Dagegen verteidigte CSU-Fraktionsvize Tanja Schorer-Dremel den Kurs der Staatsregierung. Man setze auf „Freiheit und Verantwortung“. „Der bayerische Weg der sanften Öffnungsschritte ist richtig“, erklärte sie. Aus Rücksicht auf die Schutzbedürfnisse von Kindern und Menschen in vulnerablen Gruppen dürfe es keine leichtsinnigen Lockerungen geben.

Für die Freien Wähler begrüßte Fabian Mehring die an die aktuelle Lage neu angepasste Balance zwischen Freiheit und Sicherheit. „Wir zeigen Perspektiven auf und geben den Menschen wieder Teile ihres alten Lebens zurück“, sagte er. Die Koalition aus CSU und Freien Wählern bleibe der „Goldstandard in der Pandemiebekämpfung“. Das Problem sei nicht, was in Bayern gemacht werde, „sondern was in Berlin nicht gemacht wird“, meinte Mehring. Dort sei zwar Führung bestellt worden, aber offenbar gebe es „Lieferengpässe“. > JÜRGEN UMLAUFT